

Ö1, Morgenjournal.

Mit Julia Schmuck im Studio, guten Morgen.

Unsere Themen heute am 21. September.

Keine Waffen mehr für die Ukraine, das kündigt Polen heute Nacht an.

Warum sich der bisher treue Verbündete abwendet, berichten wir gleich.

Kein Vetorecht mehr im UN-Sicherheitsrat.

Das fordert Ukraines Präsident Zelenski über seine Rede vor der UNO in New York.

Er fordert Reformen und nennt das den Sicherheitsrat machtlos.

Was können die Vereinten Nationen überhaupt noch bewegen?

Wie viel tragen sie zum Frieden bei?

Darüber spreche ich gleich mit unserem USA-Korrespondenten Thomas Langpaul.

Keine Zinserhöhung gibt es in den USA,

die Notenbänker lassen den Leitzins so, wie er ist.

Kein Herbstwetter bei uns heute, es wird spätsommerlich, Jörg Stibor.

Im Großteil Österreichs geht es heute mit dem Spätsommerwetter weiter.

Morgen trifft von Westen aber eine Kaltfront ein,

am Samstag entsteht über der Adria ein Tief, bringt vor allem im Südosten intensiven Regen.

Der Sonntag sieht größtenteils schon wieder trocken aus

und ab Montag wird es neuerlich, spätsommerlich.

Ein Blick zum aktuellen Wetter in Wien derzeit teils heiterteils Hochnebel und 17°,

Eisenstadt Hochnebel 17°, St. Bölten und Linzheiter 14°, Salzburg-Wolkig 13°,

Innsbruck und Pregens-Wolkig 15°, Hochnebel 17° und Gärgenfurt stark bewölkt 14°.

In den nächsten Stunden gibt es noch ein paar Nebel- und Wolkenfelder,

sie lösen sich am Vormittag auf, in weiten Teilen Österreichs überwiegt dann der Sonnenschein.

Es wird wieder sehr warm, allerdings kommt im Osten und im Bergland

ein lebhafter bis starker, vöniger Südwind auf.

Die Temperaturen erreichen 23° bis 29°.

Nicht ganz so warm wird es nach Südwesten hin,

vollmanmal beim Hauptkam in Ostern und Oberkärnten halten sich auch einige dichtere Wolken

und vereinzelt regnet es ein wenig.

Polen war bisher ein treuer Verbündeter der Ukraine, doch das ändert sich gerade.

Polen will keine Waffen mehr an die Ukraine liefern,

das kündigt Polens Ministerpräsident am Abend im Fernsehen an.

Hintergrund ist die Ausfuhr von ukrainischem Getreide.

Polen will die von der EU genehmigten Getreideausfuhr nicht mehr erlauben,

da es dadurch den eigenen Markt gefährdet sieht.

Susanne Nevertleu über die Spannungen zwischen der Ukraine und Polen.

Polen will keine Waffen mehr an die Ukraine liefern,

das kündigt Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki an

und warnt die Ukraine davor,

den Konflikt um die Getreideimporte aus der Ukraine weiter zu eskalieren.

Es waren die jüngsten Statements des ukrainischen Präsidenten

Volodymyr Zelensky vor der UNO-Vollversammlung

und eine ukrainische Beschwerde bei der Welthandelsorganisation WTO,

die Polens Unmut erregt haben,
macht der polnische Witzeaußenminister Paweł Jablonski klar.
Zelensky will Polens Widerstand gegen die ukrainische Ausfuhr
von Getreide über Polen brechen
und kritisierte Polen vor der UNO-Vollversammlung.
Zelensky sprach von einem politischen Theater,
das nur Russland zugutekomme.
Mit solchen Worten stoße die Ukraine die Hände weg, die ihr helfen,
sagte in New York der Leiter des Büros für internationale Politik
aus dem polnischen Präsidentenamt.
Polen galt bisher als jenes EU-Land,
dass die Ukraine gegen Russland am allertreuesten unterstützte
als wichtigster Waffenlieferant in der EU.
Außerdem hat Polen fast eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen,
doch seitdem Russland das Abkommen zur Ausfuhr von Getreide
aus der Ukraine aufgekündigt hat,
wachsen die Spannungen zwischen Polen und der Ukraine.
Dazu kommt, dass in Polen der Wahlkampf, derzeit am Höhepunkt ist,
wenige Wochen vor der Wahl will Polens Premierminister Morawiecki
seinen Wählern klarmachen, dass er polnische Interessen schützt.
Morawiecki sagt, Polen unterstütze den Sieg der Ukraine über Russland weiterhin,
wolle aber nicht eine Destabilisierung des polnischen Marktes
durch ukrainische Getreideimporte hinnehmen.
Mit ihnen politischem Gegenwind, was die Hilfe für die Ukraine betrifft,
muss sich auch US-Präsident Biden auseinandersetzen,
Stichwort Republikaner.
Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky wird heute
in der US-Hauptstadt Washington erwartet.
Bei seinem Treffen mit US-Präsident Joe Biden und Kongressmitgliedern
wird Zelensky um mehr finanzielle und militärische Unterstützung bitten.
Zuvor hat Zelensky an der UNO-Generaldebatte
und der Sitzung des UNO-Sicherheitsrates teilgenommen,
berichtet aus New York, in Kapil.
Es sind viele Staaten, die Russlands Angriffe auf die Ukraine
hier aufs Schärfste verurteilen
und wie Österreichs Außenminister Alexander Schalenberg Russland
zum Rückzug auffordern.
Frieden sei es, was die Welt dringend braucht,
er sagt Deutschlands Kanzler Olaf Scholz,
Frieden basierend auf den UNO-Prinzipien.
Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky ist persönlich angereist,
um zu schildern, was in der Ukraine in den vergangenen Monaten passiert ist.
Es sind bereits 574 Tage voller Schmelz.
Russland hat 10.000 der Ukrainer getötet

und Millionen zu Flüchtlingen gemacht.

Und bei all dem schau er der UNO-Sicherheitsrat machtlos zu, weil Moskau ein Vetorecht hat, kritisiert Zelensky,

der eine Reform der UNO fordert.

Zu dem Moment, auf den die diplomatische Welt gewartet hat, dem Showdown zwischen Zelensky und dem russischen Außenminister Lavrov, ist es nicht gekommen.

Zelensky verlässt den Raum, bevor Lavrov ihn betritt.

Dann hält der russische Außenminister eine schwer zu verfolgende geschichtliche Rede, in der er vor allem dem Westen vorwirft, globale Krisen zu schüren.

Dass sein alles lügen, sagt Estlands Präsident Alan Karis dazu, Russland zerstöre Krankenhäuser, Kindergärten, Getreidevorräte und Schulen. Aber es gibt auch zahlreiche Länder, die es sich hier mit Russland nicht verschärzen wollen.

China etwa hat die russische Invasion bis heute nicht verurteilt, sondern Russland politische Rückendeckung gegeben.

Der Show betont hier nur, dass es mehr Anstrengungen brauchen, die, wie er sagt, Ukraine-Krise zu lösen.

Und mehrere lateinamerikanische und afrikanische Staaten kritisieren, dass im Schatten des Ukraine-Kriegs andere Probleme zu kurz kommen.

An sie richtet sich US-Ausminister Anthony Blinken.

Manche meinen, dass die Unterstützung für die Ukraine und Russland zur Verantwortung ziehen uns von anderen Prioritäten im Kampf gegen die Klimakrise, dem Ausbau ökonomischer Möglichkeiten und der Stärkung von Gesundheitssystemen ablenkt.

Aber das ist falsch.

Der US-Ausminister betont, dass man mehrere Herausforderungen gleichzeitig bewältigen könne.

Ja, wie stark ist denn die ONU?

Was kann sie überhaupt noch bewegen?

Wir haben es gehört, im Beitrag der Forse Lensky wirft den Vereinten Nationen vermarktlos zuzuschauen und fordert ein Ende des Wettorechts im Sicherheitsrat.

Mit unserem USA-Büroleiter Thomas Langbaur erbeobachtet den UNUS-Sicherheitsrat für uns in New York.

Ich habe kurz vor der Sendung mit ihm darüber gesprochen, was denn strukturelle Reformen im Sicherheitsrat

das Ende des Wettorechts überhaupt bewegen würde im Ukraine-Krieg?

Ja, ich weiß nicht, ob das für den aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine noch viel bringen würde,

weil der ist natürlich schon sehr weit fortgeschritten.

Aber Lensky spricht da etwas an, was viele fühlen bei der UNO.

Hier in New York bei dieser Tagung,

dass nämlich der Gestaltungsspielraum der UNO
sehr viel kleiner geworden ist in den letzten Jahren.
Es gibt einfach durch diese Blockadehaltung Russlands
und teilweise auch Chinas, viel weniger Möglichkeiten aktiv zu werden.
Es hat so zum Beispiel seit 2014
keine neuen, friedens erhaltenen Missionen der UNO mehr gegeben,
weil man sich auf so etwas nicht einigen kann.
Noch schlimmer aus Mali muss die UNO heuer abziehen,
obwohl dort die Bedingungen gar nicht so sind,
dass es keine Friedensgruppen mehr nötig hätte,
weil einfach eine Verlängerung
und weil dieser Gestaltungsspielraum der UNO nicht mehr da ist.
Aktuell hat der Sicherheitsrat ja fünfständige Mitglieder,
darunter auch die USA oder Russland.
Insgesamt zeichnet das Gremium eher die Machtverhältnisse
nach dem Zweiten Weltkrieg nach.
Die Rufen nach Reformen gibt es ja schon lange,
aber wie könnten die denn aussehen?
Wer will denn da was?
Es gibt schon länger Überlegungen,
wie so Reformen aussehen könnten
und es gibt unterschiedliche Interessen.
Ganz vorne stehen die Länder des globalen Südens,
Afrika, Südamerika, auch große Teile, Asiens,
die sagen, wir sind in diesem Sicherheitsrat nicht vertreten.
Das ist ein ungerechtes System,
in dem ein großer Teil der Welt keine Stimme hat.
Und auf der anderen Seite gibt es aber auch in Europa Stimmen,
die sagen, warum ist Deutschland nicht im Sicherheitsrat?
Es ist von seiner wirtschaftlichen Kraft, von seiner Bevölkerungszahl,
durchaus mit England oder Frankreich vergleichbar.
Das ist ungerecht.
Und auch die Ost-Europäer sagen,
wir fühlen uns dort nicht entsprechend unserer Bedeutung vertreten.
Also es gibt viele Stimmen, die sagen,
so wie das jetzt geregelt ist,
ist es nicht mehr zeitgemäß und auch nicht mehr gerecht.
Und wie wahrscheinlich ist es, dass da eine Reform kommt?
Also der UNO-Generalsekretär Guterisch möchte das ja,
auch viele andere Länder.
Gibt es da jetzt irgendeine Art von Zeitplan, der festgelegt wurde?
Nein, es gibt keinen Zeitplan.
Und alle, mit denen man spricht, sagen, das wird Jahre dauern.
Und Guterisch hat es am Dienstag in seiner Eröffnungsrede gesagt,

Strukturen bedeuten immer auch Macht.
Und wenn man diese Strukturen ändern will,
wenn man Macht verlagern will, verschieben will,
dann nimmt man sie auch irgendjemanden weg.
Und das ist das große Problem.
Joe Biden, der amerikanische Präsident hat angedeutet,
er will in diese Richtung gehen.
Er weiß aber natürlich auch, dass das nicht schnell gehen wird
und dass er sich darauf verlassen kann,
dass Russland und das möglicherweise auch China blockieren.
Also die Probe aufs Exempel wird er wohl nicht mehr machen müssen.
Alle stellen sich darauf ein,
dass das ein langer Prozess wird,
der allenfalls in kleinen Schritten vorangeht.
Kommen wir zurück in die Ukraine.
Konnte Selenski da gestern,
jene Länder aus dem globalen Süden überzeugen,
die den Milliarden schweren Hilfen für die Ukraine kritisch gegenüberstehen,
weil sie ja befürchten, dass andere Probleme vernachlässigt werden?
Das wird man erst in den nächsten Monaten sehen,
aber es war ganz klar, seine Strategie eben auf diese Länder zuzugehen,
hat nicht den Anspruch gehabt, hier bei dieser Konferenz Europa, die USA,
jene zu überzeugen, die ohnehin schon die Ukraine unterstützen,
sondern jene, die noch vielleicht an der Seitenauslinie stehen
und sich das alles ansehen.
Dorthin geht es eine Strategie.
Und ob die aufgehen wird, wird man erst sehen.
Anthony Blinken, der amerikanische Außenminister,
hat versucht, auch diese Sorge zu nehmen,
dass sich alles auf die Ukraine konzentriert
und für andere Probleme kein Platz bleibt, indem er gesagt hat,
wir können uns auch um mehr Dinge gleichzeitig kümmern.
Der ukrainische Präsident reist heute weiter nach Washington,
wird im Weißen Haus vom US-Präsidenten empfangen.
Es wird auch kolportiert, dass es weitere Unterstützung geben wird.
In welche Richtung geht denn das?
Das werden wir morgen wahrscheinlich wissen.
Es wird auf jeden Fall zusätzliche Munitionslieferungen geben
für die Artillerie-Munition, die dort knapp wird.
Die große Frage wird sein, ob die USA, die sogenannten Attackarms,
das sind taktische Raketen liefern werden,
die eine Reichweite von 270 bis 300 Kilometer haben.
Die Ukraine sagt, sie brauchen solche Waffen, solche Kampfmittel,
um Gefechtsstände, Knotenpunkte im Hinterland zu treffen.

Die USA haben sich bisher nicht bereit erklärt,
solches zu liefern.

Möglicherweise passiert das aber eben morgen in Washington.

Thomas Langbaur war das aus New York von der UNO-Generalversammlung.

Danke für Ihre Einschätzung.

Sehr gerne.

7 Uhr und 12 Minuten während die Europäische Zentralbank
die CZB Anfang September den Leitzins erneut angehoben hat,
possiert die amerikanische Notenbank Fed vorerst.

Die Zinsen werden also nicht angehoben, bleiben gleich.

Das hat Fedschef Jerome Powell in der Nacht bekannt gegeben.

Im Vergleich zu Europa ist die Inflation,

die Teuerungsrate in den USA nämlich deutlicher gesunken.

Daher gönnt die Notenbank mit Investorinnen und Kreditnehmern
vorerst eine Verschnaufpause.

Weitere Zinsanhebungen noch dieses Jahr sind aber nicht ausgeschlossen,
aber in den USA in Washington Christoph Kohl.

Die hohen Zinsen sind gekommen, um zu bleiben.

So die Botschaft von US-Notenbank-Schiff Jerome Powell.

Eine deutliche Senkung des Leitzinsatzes sei erst in zwei Jahren absehbar.

Denn das Ziel der US-Notenbank Fed, nämlich eine Inflationsrate
von 2%, sei noch weit entfernt.

Die gute Nachricht, trotz hoher Zinsen,

wächst die amerikanische Wirtschaft stärker als erwartet.

Die Arbeitslosenquote ist niedrig,

und die Verbraucherpreise haben sich etwas abgekühlt.

Die Teuerungsrate soll über das Jahr gerechnet

bei durchschnittlich 3,3% liegen.

Daher haben sich die US-Notenbanken dazu entschieden,
den Leitzins vorerst nicht weiter anzuheben.

Eine weitere Zinsanhebung noch vor Jahresende will Powell
aber nicht ausschließen.

Über die amerikanische Wirtschaft brauen sich schon die
nächsten Stürme zusammen.

Schon morgen könnten die Beschäftigten der großen US-Auto-Bauer
Ford GM Chryslawn Jeep ihren Streik ausweiten.

Eine weitere Zinsanhebung noch vor Jahresende
will Powell aber nicht ausschließen.

Über die amerikanische Wirtschaft brauen sich schon

die GM Chryslawn Jeep ihren Streik ausweiten,

was auch die Auswirkungen auf Zulieferbetriebe verschärfen könnte.

Und Ende des Monats könnte es einmal mehr

zu einem sogenannten Shutdown kommen.

Der konservative Flügel der Republikaner droht nämlich damit,

den Beschluss des Budgets zu blockieren.

Wenn bis Ende nächster Woche kein neuer Haushalt beschlossen wird, kann die Regierung Bundesangestellte nicht mehr bezahlen, was weitreichende Auswirkungen hätte.

Wenn der Kompromiss deinen solchen Shutdown verhindern würde, ist derzeit nicht in Sicht.

Das gestern im Ministerrat beschlossene Kinderschutzpaket unser nächstes Thema.

Da gibt es recht positive Reaktionen von Kinderschutzexpertinnen darauf, wobei sich die positiven Reaktionen nicht auf die jetzt fixierten höheren Strafen für Besitz und Verbreitung von Missbrauchstarstellungen beziehen, sondern vor allem auf eine Kinderschutzkampagne und geplante Kinderschutzkonzepte in den Schulen und Vereinen. Bernd Cushu informiert.

Es ist begrüßenswert, dass diese Regierung ein Maßnahmenpaket beschlossen hat, das den Kinderschutz vorwärtsbringen kann, sagt Hedwig Wölfel, Geschäftsführerin der Möwe Kinderschutzzentren. Maßnahmen mehrerer Ministerien, Bundeskanzleramt, Bildung, Sport, Kultur, Inneres und Justiz. Wölfel.

Diese ganzen strafrechtlichen Dinge in Paket sind die Anlassgesetzgebung. Das, was uns sehr freut und wo ich finde, dass da was gelungen ist, ist, dass das ein Maßnahmenpaket ist, dass viele präventive Ansätze drinnen hat.

Mit strafrechtlichen Verschärfungen erreichen wir nur die wenigen tausend Menschen, die angezeigt werden, sagt Wölfel.

Mit der geplanten Kinderschutzkampagne könne man weit mehr erreichen. Wölfel erwartet sich davon unter anderem Aufklärung, dass jede Form von Gewalt, und zwar nicht nur sexualisierte Gewalt, sondern vor allem auch körperliche Gewalt und psychische Gewalt, die sehr häufig sind, auch die Vernachlässigung, schädlich sind für Kinder und dass alle wissen, an wem kann ich mich wenden, wenn ich den Verdacht habe, dass einem Kind Gewalt widerfährt.

Es ist vieles dabei, was wir gut finden, sagt auch Martina Wolf, Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Kinderschutzzentren. Die geplanten Kinderschutzkonzepte von Vereinen und insbesondere in Schulen müssen dann freilich auch umgesetzt werden.

Gemeinsam mit Kindern soll erarbeitet werden, wie jeglicher Art von Übergriffen und Verletzungen verhindert werden können. Hedwig Wölfel.

Da wird es dann wirklich darum gehen, wie wird das ausgestaltet,

wie viel Zeit haben Einrichtungen das umzusetzen,
damit sie das als Entlastung, als Hilfe erleben
und nicht als zusätzlichen Aufwand.
Prinzipiell ist es natürlich wichtig,
hier auch Ressourcen bereitzustellen,
weil der schützende Blick auf unsere Kinder kostet,
Zeit gehört und Ressourcen.
Ein Anliegen war Kinderschützerinnen auch,
dass sogenanntes Sexding unter Jugendlichen nicht bestraft wird.
Wenn beispielsweise ein Mädchen,
einen Burschen ein sexualisiertes Video von sich selbst schickt
und eher es abspeichert,
wäre er laut Gesetzestext schon strafbar.
Dabei bleibt es auch.
Aber das Justizministerium plant einen Erlass,
das bei einvernehmlichem Sexding
unter gleichaltrigen Jugendlichen
von einer Strafverfolgung abzusehen ist.
Der Vizepräsident der Staatsanwältevereinigung Bernd Ziska erklärt.
Gerade bei Jugendlichen gibt es Jugendlingsgesetz
beähle Möglichkeiten vor,
um auf die konkrete Tat,
auf die Persönlichkeit des Jugendlichen
auf seine Reife bedacht zu nehmen
und fallbezogen eine adäquate Lösung zu finden.
Ein Erlass wird aber im Sinne einer Richtlinie zu verstehen sein,
worauf das Ministerium den Staatsanwaltschaften
eine Rückentdeckung geben kann,
dass er eben nicht gewünscht ist,
dass es zu einer überbordenden Kriminalisierung
von Jugendlichen kommt.
Im Ergebnis dürfte sich da kaum etwas ändern,
weil bei Sexding zwar ermittelt werden muss,
es bei Jugendlichen aber schon jetzt kaum zu Verurteilungen kommt.
Es braucht mehr Geld für die Kinderbetreuung,
das ist seit vielen Jahren bekannt.
Auch die Wirtschaft fordert immer massiver
den Ausbau der Kinderbetreuung
und nicht zuletzt Tessa Palt Bundeskanzler Karl Nehammer
von der ÖVP wohl vor kurzem weitere 4,5 Milliarden Euro
für die Kinderbetreuung angekündigt.
Allerdings schon vor einem Jahr hat der Bund den Ländern
die sogenannte Kindergarten-Milliarde versprochen,
also 200 Millionen Euro pro Jahr bis 2027.

Was daraus wurde und ob damit wirklich neue Betreuungsplätze geschaffen wurden, berichtet Victoria Waldecker.

Kinder krippen die um 12 Uhr schließen,
lange Wartelisten bei der Anmeldung.

Um das zu ändern hat die Bundesregierung den Ländern
im Mai 2022 eine Milliarde Euro zugesichert,
aufgeteilt auf fünf Jahre.

Das sei viel zu wenig, kritisierten damals Gewerkschaften
die Opposition und einige Bundesländer.

Das Geld habe aber einiges bewegt,
heißt es etwa aus Oberösterreich.

Mit den 35 Millionen Euro pro Jahr und Geldern des Landes
habe man jetzt 53 Krabbelgruppen mehr
und 41 Kindergartengruppen mehr als im Vorjahr geschaffen,
heißt es in Oberösterreich.

Auch in Tirol konnte man mit den erhaltenen 17 Millionen Euro
neue Angebote bieten, sagt die zuständige Landesrätin in Tirol
Cornelia Haagele von der ÖVP.

Ja, wir haben zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen.
Das hat eigentlich den Ausbau vorangetrieben.

Wir haben da natürlich an allen Punkten in Tirol,
wo es das gebraucht hat, investiert und geschaut,
dass wir zusätzliche Plätze zur Verfügung stellen.

Die genaue Zahl kann ich Ihnen jetzt leider nicht sagen.

In Tirol wurde gerade auch der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung
ab dem zweiten Geburtstag für das Jahr 2026 beschlossen.

Bei künftigen Zuschüssen des Bundeshoffmann
bei der Zweckwidmung mehr mitreden zu können,
meint die Tiroler Landesrätin.

Weil wir sind diejenigen, die ja dann auch in der Umsetzung
verantwortlich zeichnen und drum wäre es wichtig,
dass die Länder entsprechend mit eingebunden werden.

Darauf hofft man auch in Wien.

Denn die Kindergarten-Milliarde des Bundes
sind stark auf den Ausbau der Betreuungsplätze ab.

Hier sei man in Wien aber schon sehr weit,
meint der Wiener Staatsrat Christoph Widerkeer von den NEOS.

Das Geld jetzt kann lediglich ausgegeben werden
für den Ausbau von Plätzen und für die Deutschförderung.

Beider sicherlich hilfreich,
aber was jetzt wirklich notwendig ist,

ist Gruppen kleiner zu machen mittelfristig,
kurzfristig mehr Personal in die Gruppen zu holen,
um auch die Pädagoginnen und Pädagogen zu entlasten.

Das ist aktuell nicht möglich
und ich hoffe, dass es in Zukunft vom Bund auch mit finanziert wird.
Klar wird in allen Bundesländern,
die Kindergarten-Milliarde reicht bei Weitem nicht aus.
Hier hoffen die Länder auf die zusätzlich angekündigten
4,5 Milliarden Euro des Bundes.
Auch das wird voraussichtlich nicht ausreichen.
Jedes zusätzliche Geldhelfer,
sagt die Vorarlberger Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink.
Mehr Geld allein werde aber den Personalmangel nicht lösen.
Nur Geld allein richtet es nicht.
Wir brauchen vielleicht auch noch mehr.
Gute Ausbildungsstätten,
um den Menschen,
die einen Weg sich in der Kinderbetreuung
und der Kinderbildung vorstellen können,
um jeden Weg auch zu eröffnen.
Aber vor allem braucht es auch die Anerkennung.
Also wir müssen diese Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen,
glaube ich, in der Öffentlichkeit auch noch viel mehr als bisher
bewerben und auch ihnen die Wertschätzung geben, die sie verdienen.
In Vorarlberg laufen deshalb bereits eine Image-Kampagne,
um den Beruf der Kindergartenpädagoginnen
und Pädagogen zu stärken.
Die britische Regierung legt gerade eine ziemliche Vollbremsung
bei der Klimapolitik ein.
Schon 2030 in sieben Jahren wollte Großbritannien
den Verkauf von Benzin- und Dieselfahrzeugen verbieten.
Jetzt ist der konservative Regierungschef Richie Sunak
deutlich zurückgerudert.
Zentrale Klimaziele werden zeitlich nach hinten verschoben.
Am langfristigen Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden will,
der britische Premierminister aber festhalten, wie sich das ausgeben kann,
berichtet aus London Jörg Winter.
Großbritannien war international an der Spitze,
deutlich ambitioniert als andere, wenn es um die eigenen Klimaziele ging.
Keine Neuzulassungen von Benzin- und Dieselfahrzeugen ab 2030,
ein Ausfuhr-Gasthermen ab 2035.
Für Schlagzeilen hat auch der ehemalige Premierminister
Boris Johnson gesorgt, der meinte, Großbritannien
werde in Zukunft das Saudi-Arabien der Windkraft werden.
Doch die wirtschaftlichen Zeiten haben sich geändert.
In der Teuerungskrise könnte London wieder zum Vorreiter
für andere werden, dieses Mal bei der Verwässerung

der eigenen Klimaziele,
deren Strenge bei vielen hierzulande mittlerweile für Kritik sorgt.
Bei diesen Wählerinnen und Wählern will Premierminister Sunak punkten,
der in Umfragen meilenweit hinter der oppositionellen Leberpartei liegt.
Unser Anteil an den globalen Emissionen ist weniger als 1%.
Wie kann es da richtig sein,
dass Britinnen und Briten größere Opfer als alle anderen bringen sollen,
sagt Premierminister Sunak und kündigt eine Aufreicherung
der selbstgesteckten Klimaziele an?
Ein Verbot der Neuzulassungen für Benzin- und Dieselfahrzeuge
erst fünf Jahre später 2035,
parallel zur Europäischen Union.
Die Installation von Gasheizungen solle länger als Biese erlaubt bleiben
und Haushalte auch nach 2035 nicht zum Wechsel gezwungen werden.
Die Erschliessung neuer Gas- und Ölfelder in der Nordsee
will der Premierminister vorantreiben,
um nicht von Diktatoren wie Vladimir Putin abhängig zu sein,
sagt er.
Neue Steuern der Flüge schließt British Sunak aus.
Wir wollen eine sehr gute
und realistische Zugangswaldung klimaneutral zu werden.
Familien sollen keine unnötigen Kosten schultern müssen.
Wir bewegen uns in die richtige Richtung.
Wir werden die Klimaziele erreichen.
Es ist falsch, dass wir irgendetwas verwässern wollen.
Die Reaktionen auf die Kursänderungen in Großbritannien
sind ebenso laut wie unterschiedlich.
Von der Rückkehr des gesunden Menschenverstands
ist in konservativen Zeitungen die Rede.
Wir werden ein Planet nicht retten, in dem wir die Briten
in den Bankrott treiben,
meint die Stramrechte Innenministerin.
Wir werden den Planen nicht durch die Britischen Menschen
bankrupten.
Von einer Schande spricht hingegen der ehemalige
Umweltberater des Premierministers.
Richtig wütend erscheint man bei der britischen Automobilindustrie,
die sich längst auf den Totalumstieg auf E-Fahrzeuge
bis 2030 vorbereitet hat.
Und im Falle etwa von fort mehr als 500 Millionen Euro
bereits in den Prozess investiert hat.
Ambition, Planbarkeit und Konsistenz erwartet man sich von einer Regierung,
hieß es aus der Führungsetage des Autokonzerns.
Die Änderung der britischen Klimaziele würde alle drei Dinge untergraben.

Heute Abend wird der steirische Herbst am Grazer Schlossberger eröffnet. Seit Jahrzehnten präsentiert das Festival Produktionen und Projekte aus allen Spalten der zeitgenössischen Kunst. Menschen und Dämonen lautet das diesjährige Motto mehr von Julia Baskera.

In der Grauzone zwischen Opfern und Tätern ist das Böse ansteckend. Ein Zitat des italienischen Schriftstellers und Holocaust-Überlebenden Primo Levi. Ein Zitat, das dem steirischen Herbst heuer als Leitspruch dient, lautet das Festival Motto doch Humans and Demons. Das klingt eigentlich bewusst vereinfacht, wie ein Märchen, eine falsche Aporie.

In heutiger Situation, politisch, sozial, das Böse, und es geht um das Böse, ist um uns und in uns.

Sagt E. Katharina Degott, die Intendantin des Grazer Kulturfestivals, als Gegenpol zum abstrakten, moralisierenden, präsenten Zeiten, möchte sie das Erzählen anbieten, das Erzählen über den Werdegang menschlicher Figuren, die in Konflikte geraten und in Kontakt mit dem Bösen.

Unsere Vierausstellungen dieses Jahr sind ein kleiner Roman in vier Kapitel mit vier Hauptpersonen, ein bisschen abenteuerlich, nicht immer echt, immer mit Graz verbunden.

Einer der vier Schauplätze ist ein verlassenes Callcenter in Maria-Grün, ein Stadtteil, an dem sich alles um Dr. Jazz drehen wird.

Hinter diesem Sondernym verbirgt sich Dietrich Schulz-Kön, ein Nazi-Offizier, der gleichzeitig großer Jazz-Fan gewesen ist, wie wohl diese Musik von seiner Partei streng verboten war.

Ein altbekannter Gast im steirischen Herbstkosmos ist Giacomo Veronesi.

Im Rahmen des Festivals wird der italienische Theatermacher seine neuste Performance, Border Euphoria, präsentieren.

In Zusammenarbeit mit Bewohnern und Bewohnerinnen der ethnisch-russischen Grenzstadt Nava, von denen einige seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ungeklärte Staatsbürgerschaften haben, lädt Veronesi das Publikum dazu ein, sich mit dem Thema Identität und Zugehörigkeit ganz allgemein auseinanderzusetzen.

Zur Eröffnung heute Abend wird die Münchner Performance-Künstlerin Lule Obermeier Den Schlossberg bespielen und in Kooperation mit der Oper Graz ihre neue Arbeit Agoraphobia präsentieren. Es ist das erste Mal, dass sich die Künstlerin nicht mit Frauen in der Opern-Tradition auseinandersetzt, sondern mit der Fragilität der Männlichkeit. Weniger mit Menschen, sondern mit der Natur befasst sich

Sonneluft, das neue Theaterstück von Elfriede Jelinek,
das am 13. Oktober Premiere hat.

In dieser Arbeit aber gleichermaßen
während des gesamten Festivals
wird versucht, das zu bewahren,
was uns gerade durch die Finger zu rinnen scheint.

Die unberührte Natur, das rein menschliche,
die echte Begegnung.

Hans Hollein war der wohl bekannteste österreichische Architekt.

Er war nicht nur Planer und Entwerfer,

sondern auch Kurator, Professor
und ein kulturpolitischer Macher.

Er hat sich nicht nur als Künstler und Designer verstanden,

er hat sich als Künstler und Designer verstanden

und nach seinem Ableben 2014 ein umfangreiches Werk hinterlassen.

Seiten, die er zu Lebzeiten nicht von sich gezeigt hat,

sind jetzt in der Ausstellung Hollein Calling

im Architekturzentrum Wien zu sehen.

Anna Socek berichtet.

Auf 263 Paletten findet der Nachlass Hans Holleins Platz.

Er wurde von der Republik Österreich

für das Museum für Angewandte Kunst angekauft,

als Dauerleihgabe wird er vom Architekturzentrum Wien erforscht
und aufgearbeitet.

AZW-Direktorin Angelica Fitz.

Es sind insgesamt 460 Projekte.

Es sind hunderte Modelle.

Es sind Zehntausende Bilddokumente, Fotosteas und so weiter

und dann durch kleine Zeichnungen und so weiter.

Also es ist wirklich ein epischer Nachlass.

Am Anfang haben wir die Diersammlung von Hans Hollein angeschaut.

Das war für uns schon ein Schatz.

Es waren die meisten Bilder, die man nicht in Publikationen gesehen hat,
die man nicht kennt.

Und genau diese Erfahrung wollten wir dann auch in der Ausstellung übertragen.

Sagt Lorenzo de Schifre, der die Ausstellung Hollein Calling

gemeinsam mit den Architekten Theresa Crenn und Benny Eder zusammengestellt hat.

Hollein sei ein akribischer Kurator seines eigenen Werks gewesen.

Er habe nur das gezeigt, wie er gesehen werden wollte.

Doch es gibt mehr zu entdecken, so das Korridoren-Team.

Der offizielle Holleins sozusagen ist wohlbekannt und auch sehr geschätzt.

Aber es gibt mehr Holleins und mit der Ausstellung

wollten wir wirklich diese viele Facetten von Holleins Werk zerlegen und zugänglich machen.

Der kuratorische Kunstgriff Hollein wird zeitgenössischen Büros aus Europa gegenübergestellt,

Aspekte seines Werks in Projekten jüngeren Baujahrs aufgespürt.

Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass es eine Holleins Schule gibt oder dass er bewusst zitiert wird.

Viele suchen in Holleins Werk wie in vielen anderen Werken einfach Inspiration.

Und dann gibt es auch einige Positionen, die eher kritisch den Hollein gegenüberstehen und sagen, wir reden gerne über Hollein mit euch, aber wir sind nicht seine größte Fans. Dennoch, Hollein weckt einfach eine Neugierde, die ich als selten bezeichnen würde.

Sagt Kurator Lorenzo de Schifre über die 15 Büros die Seite an Seite mit 15 Projekten Holleins präsentiert werden vom Kerzengeschäft Reti von 1965 über die städtischen Verkehrsbüros Ende der 1970er-Jahre bis zum Haashaus, das 1990 fertiggestellt wurde.

Es ist wirklich eine Gelegenheit, sowohl Hollein als auch Positionen dagegen als auch die Kultur mit neuen Augen zu sehen.

Es ist wirklich so etwas wie eine sehr lustvolle Seeschule, also nicht mit dem Zeigefinger, sondern wo man selber sich die Dinge zusammenbauen kann im Kopf.

Es ist eine Ausstellung, auf die man sich einlassen und für die man sich genügend Zeit nehmen muss.

Es gibt viel zu lesen, die Bezüge muss man sich selbst erarbeiten.

Es wird nichts vorgekaut und möglicherweise übersieht man da einiges, was sich die Kuratorinnen ausgedacht haben.

Die Möglichkeit Holleins Werk quer zu lesen mag für Kenner derselben reizvoll sein.

Alle anderen gehen wohl mit mehr Fragen als mit Antworten aus der Ausstellung raus.

Weiter geht es im Nachrichtsstudio Marta Georgiev mit dem kompakten Überblick.

Russland hat die Ukraine in der Nacht wieder mit Raketen und Drohnen angegriffen.

In der Hauptstadt Kiev gilt aktuell Luftalarm, Gebäude wurden beschädigt, zwei Menschen wurden verletzt zu der Bürgermeister.

Es werden noch Explosionen aus den Städten Kharkiv im Osten und Lemberg im Westen gemeldet.

Polen kündigt unterdessen an, keine Waffen mehr an die Ukraine zu liefern.

Hintergrund ist der Streit um ukrainische Getreidelieferungen, die Polen nicht mehr ins Land lassen will,

um nach eigenen Angaben die heimische Landwirtschaft zu schützen.

Polen ist einer der wichtigsten Unterstützer der Ukraine.

Azerbaidjan hat am Abend offiziell die Kontrolle über die Kaukasus-Region Bergkarabach übernommen.

Präsident Aliye erklärte den Sieg über Armenien, das sich gestern ergeben hatte.

In der armenischen Hauptstadt Jerevan gibt es seitdem heftige Proteste gegen die Regierung.

Die Bevölkerung kritisiert, dass Bergkarabach kampfflos aufgegeben wurde.

Saudi-Arabien will zur Atommacht werden, wenn der Erzfeind Iran eine Atombombe baut.

Da sagte der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman am Abend in einem Interview mit dem US-Sender Fox News.

Wenn der Iran so eine Bombe besitze, brauchen wir auch eine, so bin Salman.

Die beiden Länder ringen um die Vormachtstellung im Nahen Osten.

Italiens Verkehrsminister Matteo Salvini macht seine Drohung jetzt wahr

und will Österreich wegen der Tiroler Transit-Massnahmen vor dem europäischen Gerichtshof

klagen.

Die Transit-Beschränkungen würden den freien Warenverkehr blockieren und nicht die Umwelt schützen, so Salvini.

Umweltministerin Gewessler zeigt sich verärgert.

Salvini seien die Menschen in Tirol egal, solange es eine frechter Lobby Gewinner mache, so Gewessler.

Das Wetter ist im Großteil Österreichs überwiegend Sonne, teils kräftiger vöniger Südwind, sehr warm mit 23 bis 29 Grad.

Das war das Journal um sieben, um acht Uhr meldet sich das Journalteam wieder.

Hier übernimmt jetzt wieder Bernhard Eppensteiner.

Guten Morgen.

Heute vor 40 Jahren wurde übrigens erstmals ein Gerät zum Verkauf zugelassen, dessen Nachfolger sie vielleicht jetzt gerade in der Hand halten.

Am 21. September 1983 brachte die Firma Motorola das 800 Gramm schwere Mobiltelefon Dynatac auf den Markt.

Der Akku ermöglichte rund eine Stunde Gesprächsdauer und maximal 30 Nummern konnten gespeichert werden.

Da lob ich mir Musik für die Ewigkeit.